

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Martin Hagen
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Manfred Eibl
Abg. Andreas Winhart
Abg. Volkmar Halbleib
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Markus Plenk
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Abg. Matthias Fischbach
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo
Abg. Barbara Becker
Abg. Anna Toman
Abg. Kerstin Radler
Abg. Uli Henkel
Abg. Dr. Simone Strohmayr

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf.

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden von den Fraktionen diesmal in folgender Reihenfolge gestellt: Es beginnt die FDP, dann folgen CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD und SPD. Ich glaube, mittlerweile ist allgemein bekannt: vier Minuten pro Fraktion inklusive Rückfragen und eine Minute für die fraktionslosen Abgeordneten.

Um das Wort zu einer einleitenden Bemerkung hat Staatsminister Klaus Holetschek gebeten. Er hat dafür drei Minuten. Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum heutigen Tag haben wir 1.393 Neuinfektionen. Wir haben in Bayern eine 7-Tage-Inzidenz von 55,2 – das ist der 12. Platz im bundesdeutschen Vergleich –, wir haben aber an der Grenze noch sogenannte Hotspots, nämlich Wunsiedel mit einer Inzidenz von 324 und Tirschenreuth mit 304, also eine Situation, die aufgrund des Mutationsvirus nicht so eindeutig zu beurteilen ist.

Die sogenannte britische Variante des Virus macht in Bayern 27 % aus. Das ist schon ein Wert, den man ernst nehmen und auch beachten muss. Von daher glaube ich, dass wir gut daran tun, wenn wir den Dreiklang aus Testen, Impfen auf der einen Seite und vorsichtigen Lockerungen auf der anderen Seite weiterhin verfolgen. Die Bayerische Staatsregierung hat ja einige Themen gemeinsam beschlossen, bei denen wir ab 01. März wieder lockern, zum Beispiel bei Blumenläden, aber auch bei körpernahen Dienstleistungen. Das sind wichtige Schritte hin zur Normalität.

Auf der anderen Seite wollen wir natürlich das Thema Impfen nach vorne bewegen. Stand heute haben wir in den hundert Impfzentren in Bayern 928.319 Impfungen verabreichen können. Auch das ist ein wichtiger und guter Wert. Wir können das noch mehr steigern, je mehr Impfstoff wir in Zukunft zur Verfügung haben werden. Dann

können wir auch die Kapazitäten dieser Impfzentren ausbauen und natürlich auch andere in das Impfrezime mit einbinden, zum Beispiel Ärzte, Betriebsärzte oder Weitere.

Wir wollen das Thema Testen ganz stark begleiten und haben heute auch zur Kenntnis genommen, dass der Bundesgesundheitsminister verkündet hat – bevor er sich nachmittags der Befragung der Abgeordneten gestellt hat –, dass jetzt die ersten Schnelltests zugelassen sind. Das ist eine gute Nachricht.

Die noch bessere Nachricht ist, dass wir von diesen Schnelltests schon etwa acht Millionen Stück bestellt haben, die auch relativ schnell zur Verfügung stehen. Ich glaube, die können wir sinnvoll und gut einsetzen, zum Beispiel in Schulen und im Bereich der Kindergärten. Dort brauchen wir sie auch, um sehr engmaschig gerade diesen Bildungsbereich zu begleiten. Das sind die Themen des heutigen Tages in einer kurzen Übersicht: Testen, impfen und vorsichtig weiter lockern unter der Prämisse, dass sich die Mutation in unserem Land tatsächlich schon ausbreitet. Aber wir sind gerade bei den Schnelltests gut vorbereitet und können sie auch sehr zügig in diesem Programm einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die erste Frage richtet sich an das Wirtschaftsministerium und kommt vom Kollegen Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Lieber Hubert, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident! Sie haben vergangene Woche in den Medien wiederholt die Öffnung von Hotellerie und Außengastronomie gefordert. Gerade mit Blick auf die Außengastronomie haben Sie ja auch hervorragende Argumente auf Ihrer Seite. Die Expertinnen und Experten sind sich eigentlich einig, dass das Infektionsrisiko an der frischen Luft minimal ist. Das heißt, wenn man es damit ernst nimmt, dass die Politik der Wissenschaft folgt, müsste man die Außengastronomie umgehend öffnen.

Meine Fragen wären jetzt:

Haben Sie diese Forderung auch im Kabinett zur Sprache gebracht? – Wenn ja – die Äußerungen des Ministerpräsidenten gingen ja in eine ganz andere Richtung, was die Gastronomie angeht –, mit welchen Argumenten hat die CSU diese richtige Forderung von Ihnen denn abgelehnt? Was gedenken Sie weiter zu tun, um hier auch im Interesse der bayerischen Gastronomie tätig zu werden?

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Bayernplan, von dem in Ihrer Fraktion immer wieder die Rede war, bzw. die sogenannte Öffnungsmatrix des Ministerpräsidenten, die ja etwas ganz anderes sein soll als ein Stufenplan. Liegt dieser Bayernplan vor, von dem immer wieder die Rede war? Kann man ihn irgendwo ansehen, und kennt ihn Ihr Koalitionspartner? Umgekehrt: Kennen Sie die Öffnungsmatrix, von der der Ministerpräsident redet, und wenn ja, wie beurteilen Sie sie? Welcher dieser beiden Pläne oder welche dieser Matrizes ist jetzt Grundlage Ihrer gemeinsamen Regierungspolitik, und welche Öffnungsperspektiven sehen diese Pläne für die Gastronomie und Hotellerie vor?

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister!

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie):

Danke für diese Fragen. – Zunächst einmal zum Thema Außengastronomie: Wir sehen alle, dass der Druck der Bevölkerung steigt, sich wieder in geordneter Weise im Freien treffen zu dürfen, sich wieder gemeinsam an einen Tisch setzen zu dürfen. Wir haben die letzten Tage auch die Bilder vom Gärtnerplatz vor Augen geführt bekommen: In München wollen 1,5 Millionen Menschen nicht einfach ewig in ihrer Wohnung bleiben. Das ist auch draußen am Land so. Die Gastronomen rufen nach diesem Angebot und genauso die Kunden. Insofern ist es durchaus sinnvoll, in den nächsten Wochen dieses Thema, die Öffnung der Außengastronomie, ernsthaft anzugehen. Sie wissen, dass die Marschrichtung in erster Linie vom Bund vorgegeben wird. Wir sollten trotzdem versuchen, die Dinge aus bayerischer Sicht zu treiben und zu ergänzen.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass ein geordneter Aufenthalt in einem Biergarten oder in einem Straßencafé am Ende besser ist, als wenn die Menschen in Trauben zusammenstehen und mit der Bierflasche in der Hand am Straßenrand sitzen. Das sind nicht die Bilder, und das sind nicht die Situationen, die wir brauchen.

Trotzdem kann ich Ihnen heute nicht die Öffnung der Außengastronomie verkünden, weil wir natürlich schauen müssen, was Berlin macht, was die Ministerpräsidenten machen. Ihre Partei regiert ja selber in mehreren Bundesländern mit, und auch die können nicht aus dem gemeinsamen Zug ausscheren und mal so eben die Gastronomie öffnen; auch mit der Ansage, dass dann vielleicht Tourismus zwischen den Ländern einsetzen würde: aus denen, die noch nicht, in die, die schon geöffnet haben.

Trotzdem bleibt es Ziel meiner Politik in den nächsten Wochen, spätestens zu Ostern diese Öffnungen hinzubekommen. Hoffen wir, dass uns die Mutation keinen Strich durch die Rechnung macht; hoffen wir, dass die politische Meinungsbildung in der Richtung läuft!

Sie wissen ja, dass man noch ständig massiv angegriffen wird – ich höre schon wieder Grummeln auf der linken Seite –, wenn man sich für solche Dinge ausspricht. Man wird dann sofort als verantwortungslos hingestellt. Wir müssen aber jetzt mit den Methoden, die wir heute haben, mit den Konzepten, die erarbeitet worden sind und die neu hinzukommen, bis hin zur Möglichkeit der Schnelltests, diesen Weg gehen mit dem Ziel, Ostern die Außengastronomie offen zu haben, auch die Hotels offen zu haben. Ich sehe keinen Grund, warum jemand mit negativem Corona-Test hier nicht zugelassen werden sollte.

Zur zweiten Frage: Natürlich gibt es eine Vielzahl von Programmschritten, von Öffnungsmatrix bis Bayernplan. Alles wird natürlich überlagert von den Inzidenzwerten, von der Belegung in den Intensivstationen, die Gott sei Dank beide rückläufig sind. Wenn man alles nebeneinander legt und den Strich darunter zieht, dann sehen wir

jetzt alle, dass der Öffnungsdruck zunimmt und dass wir trotzdem in angemessenen Schritten diese Wege gehen dürfen.

Sie sehen auch Virologen, die nach wie vor massiv davor warnen. Wir sehen auch eine zunehmend radikale Bewegung in den sozialen Netzwerken, bei der man nicht genau weiß, wer da dahintersteht, die massiv Richtung "Null Corona" argumentiert und jede Öffnung, selbst der Blumenläden, sofort mit dem Aufruf unterschreibt: Das kostet Zehntausende Menschen das Leben. Hier wird auch massiv Stimmung gemacht und weiterhin versucht, die Bevölkerung zu polarisieren und zu spalten.

Trotzdem habe ich auch beim Koalitionspartner – die reden zwar für sich selber – durchaus den Eindruck, dass auch dort jetzt gezielt in Richtung verantwortungsvoller Öffnung gegangen werden soll. Wir als FREIE WÄHLER haben diese Schritte zu Papier gebracht, und Sie können sich den Bayernplan bei den FREIEN WÄHLERN gerne abholen oder schicken lassen. Ich gehe davon aus, dass Sie Selbiges auch vom Koalitionspartner bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Rückfrage vom Kollegen Hagen. Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Ich habe zunächst noch eine Anmerkung, weil Sie gesagt haben, die Marschrichtung werde vom Bund vorgegeben und Bayern könne gar nicht anders: Im Bund verhandeln ja die Ministerpräsidenten, und mit der Öffnung der Baumärkte war auch ein bayerischer Alleingang möglich. Ganz so ist es also nicht.

Meine Nachfrage bezieht sich auf die Seite www.seisofrei.bayern. Das ist eine Kampagnenseite der FREIEN WÄHLER Niederbayern, in der unter anderem steht:

Die Öffnung der Friseurbetriebe war richtig. Warum geht man diesen Weg nicht konsequent weiter? Wir fordern von der Politik

– als die man sich offensichtlich nicht versteht –

eine Strategie, die unter Einhaltung von Vorschriften Gleichheit schafft.

Es wird dazu aufgerufen, Fotos von sich mit seinem Lieblingsladen, der Schule, dem Café zu posten – mit dem Hashtag "Leider zu".

Die Frage ist: Ist diese Protestaktion gegen die Politik der Staatsregierung mit Ihnen abgesprochen, und wie stehen Sie dazu?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Natürlich weiß ich, dass die Grenzlandkreise besonderen Belastungen ausgesetzt sind, und ich bin mit den Leuten in Kontakt, die sagen: Bitte vergesst uns nicht bei den Öffnungsschritten. Wir sind jetzt schon bei der Öffnung der Schulen benachteiligt, weil wir über 100 in der Inzidenz sind.

Sollten jetzt weitere Öffnungsschritte im Handel kommen, wäre es nicht akzeptabel, wenn ganze Landstriche nicht öffnen dürften, während andere öffnen dürfen, weil genau dort die Geschäfte am massivsten unter Druck sind.

Wenn wir uns in den nächsten Wochen hoffentlich zur Öffnung des Handels auf Berliner Ebene und dann auch auf Bayern-Ebene durchringen, müssen wir für Gebiete mit höheren Inzidenzwerten, also Grenzlandkreise Niederbayerns, der Oberpfalz und Oberfrankens, auch Möglichkeiten eröffnen, und wenn es am Ende Schnelltests sind. Ich will sie zwar nicht für jeden Kunden, aber wir brauchen auch für diese Regionen eine Perspektive. Es freut mich, dass sich die Basis, die Kreisverbände und die Regionen zu Wort melden und auf ihre speziellen Probleme hinweisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an das Innenministerium. Gestellt wird sie vom Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Staatsminister Herrmann, wie schätzt die Staatsregierung die Effektivität der Grenzkontrollen zur Eindämmung des Infektionsge-

schehens angesichts der schwierigen Infektionslage in Tirol und in der Tschechischen Republik ein? Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die praktische Durchführung dar?

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Staatsminister des Innern Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bausback, wir schätzen die Wirksamkeit dieser Maßnahmen insgesamt sehr hoch ein. Hintergrund ist, wie Sie schon angedeutet haben, zum einen, dass wir von einem starken Vorkommen des sogenannten südafrikanischen Virus in Tirol erfahren mussten, und zwar von einem so starken, dass wohlgemerkt zunächst die österreichische Bundesregierung entschieden hat, dass auch innerhalb Österreichs niemand mehr ohne Negativtest das Bundesland Tirol verlassen darf.

Ich sage das gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion und der kritischen Nachfragen aus Brüssel: Als erste hat die Nation Österreich, die österreichische Bundesregierung selbst angeordnet, dass man ohne Negativtest das Bundesland Tirol nicht mehr verlassen darf. Insofern sind die Maßnahmen, die die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern getroffen haben, letztlich nur das Nachvollziehen der Erkenntnis, dass es hier ganz offensichtlich um eine besondere infektiologische Bedrohung geht.

Auf der anderen Seite geht es in der Tat um Tschechien, wo wir einerseits bei den 7-Tage-Inzidenzen unübersehbar erleben, wie überdurchschnittlich unsere Landkreise entlang der tschechischen Grenze betroffen sind. Dasselbe setzt sich in Sachsen fort. Im Egerland in Tschechien hatten wir eine Zeit lang eine 7-Tage-Inzidenz von über 1.000, von 1.100; das sind natürlich ganz eindeutige Zusammenhänge. Das heißt, es war offenkundig, dass durch den intensiven Pendelverkehr in beide Richtungen besondere Infektionsgefahren aus Tschechien auch nach Bayern und nach Sachsen eingetragen werden.

Deshalb haben sowohl die sächsische als auch die bayerische Regierung den Bundesinnenminister ausdrücklich gebeten, unmittelbar an der Grenze konsequentere Kontrollen durchzuführen. Sie werden in Bayern sowohl an der Grenze zu Tschechien als auch an der Grenze zu Tirol sowohl von der Bundespolizei, in deren originäre Zuständigkeit es fällt, aber gleichzeitig auch in ausdrücklicher Absprache von unserer Bayerischen Grenzpolizei durchgeführt. Das geschieht an insgesamt 43 Grenzübergängen immerhin so wirksam, dass seit Beginn mit Stand von vorgestern 151.224 Personen kontrolliert worden sind.

Dabei sind insgesamt immerhin 13.993 Personen abgewiesen oder zurückgewiesen worden, und zwar vorrangig, weil sie entweder keinen Negativtest vorweisen konnten und auch nicht bereit waren, ihn unmittelbar vor Ort machen zu lassen, oder weil sie nicht einmal die elektronische Einreiseerklärung ausgefüllt hatten und sie auch nicht nachträglich ausfüllen wollten, was jedem anheimgestellt wird. Er wird dann eben angehalten und kann die Erklärung nachträglich ausfüllen; das ist eine relativ einfache Sache.

Daraus resultieren allerdings selbstverständlich auch manche Staus an den Grenzen. Die elektronische Einreiseerklärung gilt schon seit vielen Wochen; die ist nicht neu. Das müsste also jeder schon lange befolgen. Für den, der das immer noch nicht verinnerlicht hat, führt das eben zu persönlicher Wartezeit und leider auch zu Staus.

Ich war erst gestern Morgen an der Grenze bei Kiefersfelden und habe mich dort mit den Einsatzkräften unterhalten: Nach der momentanen Zwischenbilanz hat sich das doch insgesamt sehr schnell eingespielt. Jedenfalls von den täglichen Pendlern führt inzwischen nahezu jeder die entsprechenden Bescheinigungen mit sich, hat die elektronische Einreiseerklärung ausgefüllt und verfügt auch über den Negativtest. Dass sich das so eingespielt hat, ist gut; denn das reduziert die Infektionsgefahren.

Wir wollen aber nicht die Wirtschaftskreisläufe stören. Der Güterverkehr rollt. Wir erwarten auch von den Lkw-Fahrern, dass sie einen Negativtest vorweisen können. In

der vergangenen Woche ist in Zeitungskommentaren befürchtet worden, dass Lieferketten zusammenbrechen, dass es zu Betriebsstillständen in bayerischen Firmen kommt und dergleichen. Davon kann nach gegenwärtigem Stand überhaupt nicht die Rede sein. Das war letzte Woche nicht so und ist in dieser Woche noch viel weniger der Fall, weil die Staus deutlich abgenommen haben. Es hat sich eingespielt, und die entsprechenden Vorgaben werden beachtet.

Deshalb kann ich insgesamt nur sagen: Es ist eine sinnvolle Maßnahme, um Infektionsgefahren für die Menschen in unserem Land zu reduzieren. Es ist eine insgesamt angemessene und maßvolle Maßnahme, die Rücksicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Grenzen nimmt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht auch an den Staatsminister Joachim Herrmann und kommt vom Kollegen Maximilian Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Kinder und Jugendliche leiden unter der Corona-Pandemie besonders; das hat gerade eine Studie der TU München noch einmal bewiesen. Sie konnten ihre Freundinnen und Freunde in den letzten Wochen nur eingeschränkt treffen.

Es gab auch quasi kein Sportangebot mehr für unsere Kleinsten. Gleichzeitig konnten die Kinder ihre Vorbilder aber im Fernsehen bei einem engen Torjubel oder frisch frisiert, manche sogar frisch tätowiert, bewundern. Die Kinder mussten bei einem Corona-Fall in ihrer Klasse zum Beispiel lange in Quarantäne, während Profifußballteams komischerweise nie in Quarantäne mussten, auch wenn die Spieler jeden Tag zusammen trainieren.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass wir Sport für Kinder und Jugendliche vor allen Dingen draußen schnell wieder ermöglichen müssen, zum Beispiel in einem ersten

Schritt in denselben Gruppen, die am Vormittag schon zusammen im Klassenzimmer oder in der Kita sitzen. Im Stufenplan in Großbritannien wird der Sport nach der Schule ab dem 8. März wieder erlaubt. Daher meine Fragen: Warum gibt es immer noch keinen Plan für ein Comeback des Kinder- und Jugendsports? Wie will die Staatsregierung die Vereine beim erneuten Restart vor allem im Kinder- und Breitensport unterstützen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Kollege, Sie sprechen zweifellos sehr wichtige Themen an, die mir persönlich auch sehr am Herzen liegen. Wir, also alle Sportminister der 16 Bundesländer, haben in den letzten drei Wochen in Videoschaltkonferenzen der Sportministerkonferenz intensiv über diese Fragen gesprochen und vorgestern einvernehmlich ein Konzept erarbeitet, das als Empfehlung an die Ministerpräsidentenkonferenz gilt, wie eine solche schrittweise Wiederbelebung des Sports insgesamt aussehen kann.

Die Empfehlung orientiert sich natürlich speziell an den Konzepten der Sportvereine und der Sportfachverbände. In diesen Text ist aber auch ausdrücklich der Satz aufgenommen worden, dass wir uns gerade für die Kinder und Jugendlichen vorstellen können, manche Dinge noch schneller in Kraft zu setzen, als sie für Erwachsene ange-dacht sind.

Das Ganze muss natürlich weiterhin davon abhängig sein, wie sich die Inzidenzwerte und das Infektionsgeschehen entwickeln. Deshalb gibt es keinen vom Kalender her terminierten Zeitplan, sondern nur die Überlegung, wie das sinnvollerweise abgestuft werden kann. Unser Ministerpräsident hat es kürzlich auch schon angesprochen: Wie es auch schon im vergangenen Jahr vom Ansatz her war, reden wir logischerweise vor allen Dingen zunächst einmal über kontaktfreie Sportarten, die unter freiem Himmel ausgeübt werden können, weil die Infektionsgefahren dabei einfach deutlich geringer sind.

Wir gehen davon aus, dass sich die Ministerpräsidentenkonferenz in der kommenden Woche auch mit dem Sportthema beschäftigen wird, da ihr bis dahin der einvernehmliche Beschluss der Sportminister vorliegt. Ich hoffe, dass wir dann auch zu den nächsten Schritten in Bayern kommen können.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Eine Rückfrage vom Kollegen Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Es gab einige Stimmen aus dem Profisport, die eine Priorisierung für Profisportler*innen bei der Impfung gefordert haben. Wie ist die Position der Staatsregierung und auch von Ihnen als Sportminister zu dieser Forderung, die aus dem Spitzensport jetzt zum Teil laut wurde?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich sehe dafür ganz klar keinen Anlass. Die Sport- und Gesundheitsminister der 16 Länder in Deutschland haben im vergangenen Sommer einvernehmlich das Spezialkonzept für den Profisport in Deutschland gebilligt, weil es darum geht, dass Menschen ihrem Beruf nachgehen.

Die Berufswelt ist eine andere als die Freizeitwelt, und wir versuchen ansonsten ja auch, die Berufe, die ganze Arbeit in den Unternehmen usw. weitgehend weiterlaufen zu lassen. Unter diesem Gesichtspunkt sind diese speziellen Konzepte entwickelt worden, und zwar auch die speziellen Hygienekonzepte, die beinhalten, dass sich die Sportler, das Funktionspersonal etc. zum Teil auf – wohlgemerkt – eigene Kosten dieser Organisationen jeden Tag testen lassen. Das ist insofern eine besondere Regelung, die alle 16 Gesundheitsminister der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich gebilligt haben.

Vor diesem Hintergrund kann ich nicht erkennen, wieso es jetzt im Hinblick auf die Impfreihenfolge etwas Besonderes geben sollte. Profisportler sind gerade durch die ständigen Tests schon besonders aufmerksam betreut. Wieso sie gegenüber anderen Berufen früher geimpft werden sollen – da sind wir bei dem Thema, warum einer, der beruflich Sport macht, früher geimpft werden soll als einer, der beruflich beispielsweise

im BMW-Werk arbeitet –, kann ich nicht erkennen. Ich sehe keinen Anlass, solchen Überlegungen zu folgen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage, die der Kollege Manfred Eibl stellt, geht wieder an das Wirtschaftsministerium bzw. an den Wirtschaftsminister.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, auf Bundesebene laufen momentan intensive Gespräche bezüglich der Errichtung eines Härtefallfonds. Meine konkreten Fragen lauten: Wie werden dazu Landesinteressen eingebracht bzw. Vorschläge berücksichtigt? Gibt es hier Möglichkeiten der Abstimmung und das Einbringen von eigenen Maßnahmen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Es ist begrüßenswert, dass mit Programmen an den Stellen nachgebessert wird, an denen die bisherigen Programme nicht alles wasserdicht abdecken. Denn wir sehen, dass die Überbrückungshilfe III, die über Wochen, über Monate hinweg entwickelt wurde, hochkomplex ist, sodass sich die Steuerberater mittlerweile teilweise nicht mehr auskennen, und am Ende doch Lücken geblieben sind.

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Wir wissen, dass bei den Brauereigasthöfen dringend nachgebessert werden muss. Wir haben auch das Beispiel der Betriebe, die erst kürzlich gegründet wurden oder die während der Pandemiephase vergrößert haben und aufgrund dessen vielleicht nicht mit den Bezugsmonaten punkten können. Ich sehe, dass die privaten Vermieter von Ferienwohnungen am Ende durchs Raster fallen, wenn sie keinen Gewerbeschein haben.

Hier sind große Schäden auszugleichen, und hier muss dringend nachgebessert werden. Soweit es geht, versuchen wir, das noch im Rahmen der Überbrückungshilfe III einfließen zu lassen. Beim Thema Brauereigaststätten oder eben auch bei den priva-

ten Vermietern von Ferienwohnungen könnte in meinen Augen noch nachjustiert werden.

Wir begrüßen es, wenn der Bund jetzt 1,5 Milliarden Euro für einen Härtefallfonds zur Verfügung stellen will. Wir sind aber auch zurückhaltend, mit bayerischen Mitteln sofort jedem Problem hinterherzurennen, weil dann der Bedarf für einen Härtefallfonds so nicht mehr gegeben ist.

Ich appelliere auf alle Fälle, auf der Bundesebene die parteipolitischen Scharmützel zwischen dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium zu beenden und schnell zu Lösungen im Sinne der Sache zu kommen. Wenn dann ein Härtefallfonds auf Bundesebene hinterhergeschoben wird, erfährt das unsere volle Unterstützung.

Wir haben diesen Freitag eine Videoschalte der Wirtschaftsminister mit dem Bundeswirtschaftsminister. Auch dabei werde ich die Anliegen Bayerns, vor allem auch bezüglich der Brauereigasthöfe, zum x-ten Male einbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an den Gesundheitsminister Klaus Holetschek und wird von dem Kollegen Andreas Winhart gestellt.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Die Medien melden es heute auf allen Kanälen: Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat die ersten drei Sonderzulassungen für Corona-Tests zur Eigenanwendung freigegeben.

Sie hatten vorhin erwähnt, dass Sie – ich glaube – acht Millionen Stück für Bayern geordert haben. Meine Frage lautet: Wie viele der gekauften Tests sind für den Einsatz in Alten- und Pflegeheimen vorgesehen, wo wir wirkliche Hotspots haben und wo wir vulnerable Gruppen schützen wollen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Winhart, Sie wissen vielleicht – das als Vorbemerkung –, dass wir in den Alten- und Pflegeheimen Gott sei Dank einen Rückgang der Neuinfektionen in einer richtig guten Größenordnung verzeichnen. Das ist die frohe Botschaft, die mir auch von Herzen wichtig ist, weil wir gerade da auch die Schwächsten schützen wollen.

Ich glaube, unser Konzept ist in diesem Bereich in der Frage der Beratung, der Unterstützung und natürlich auch der Begleitung durch Testungen aufgegangen. Die Einsatzgruppe Pflege des LGL, die immer wieder dort war, hat sich bewährt. Insgesamt haben wir auch das Testkonzept mit drei Testungen pro Woche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit dem Thema "Sicherer Besuch", auch mit Unterstützung der Hilfsorganisationen, geschärft. Deshalb sind wir dort auf einem guten Weg.

Wir haben auf der einen Seite die Schnelltests – man muss immer aufpassen, dass man vom "Wording" tatsächlich richtig kommt; ich bringe das auch manchmal durcheinander –, die von geschultem Personal angewendet werden müssen. Auf der anderen Seite haben wir die Selbsttests, die heute vom BfArM zugelassen wurden. Diese haben wir vorwiegend erst einmal für den Einsatz an Schulen und in Kitas vorgesehen, um dort das Testsystem zu ergänzen. Ich schließe aber nicht aus, dass wir das auch auf andere Bereiche ausweiten können; das ist gerade in der Beratung. Das ist im Moment die Einsatzmöglichkeit.

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Rückfrage des Kollegen Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Ihre Positivmeldungen bezüglich der Alten- und Pflegeheime teile ich nicht ganz. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten leider erleben müssen, dass gerade die Alten- und Pflegeheime besonders betroffen waren und es der Staatsregierung nicht gelungen ist, diese Gruppen besonders zu schützen, und zwar im Gegensatz zu den Schulen und den Kindergärten, wo wir kaum Infektionen hatten und jetzt diese Selbsttests einsetzen wollen.

Ich frage Sie noch einmal, weil Sie schon angekündigt haben, dass das unter Umständen auf andere Gebiete ausgeweitet wird: Brauche ich demnächst beim Einkaufen, fürs Kino, für die Gaststätte, für Veranstaltungen einen Selbsttest, Schnelltest oder welche Art von Test auch immer? Plant die Staatsregierung konkret, dass diese Schnelltests oder Selbsttests vermehrt auch im restlichen Leben zum Einsatz kommen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Diese Frage stellt sich im Moment an dieser Stelle nicht. Ich habe Ihnen gerade Ihre Frage beantwortet, wofür wir die Tests jetzt konkret einsetzen. Es ist durchaus möglich, dass das Thema Testen in der Zukunft in vielen Bereichen eine noch größere Bedeutung bekommt, auch zusammen mit dem Thema Impfen. Das ist ein Bereich, bei dem es naheliegt zu fragen: Was können wir, wenn mehr Menschen geimpft werden, tun, und welche Schlussfolgerungen können wir daraus ziehen? Genauso wird das Testen, je mehr und je innovativer die Testsysteme sind, in Zukunft sicherlich ein Thema sein. Jetzt habe ich Ihnen aber klar gesagt, wofür wir diese Testungen einsetzen wollen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an das Wissenschaftsministerium und kommt von dem Kollegen Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zunächst auch von meiner Seite herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 50. Geburtstag; dieser ist, wie ich meine, mit Abstand und vor allem mit Abstand der Schönste der runden Geburtstage. Man hat schon viel hinter sich und noch viel vor sich.

Meine Fragen betreffen aber natürlich die Gegenwart und beziehen sich auf die dringend erforderlichen Öffnungsperspektiven für den Kulturbereich. Nachdem das weder im Ausschuss noch bei Ihrem letzten Auftritt im Plenum deutlich geworden ist, lauten meine Fragen:

Hat für Sie die Öffnung von Kultureinrichtungen eine besonders hohe verfassungsrechtliche Priorität gegenüber anderen Lebensbereichen? Stehen Sie inhaltlich – Sie

haben bereits gesagt, dass Sie formal beteiligt waren – voll hinter dem Dreistufenplan der Kultusministerkonferenz zur Wiedereröffnung von Kultureinrichtungen? Haben Sie dem Ministerrat einen konkreten Plan oder ein Szenario für die Wiedereröffnung der bayerischen Kultureinrichtungen vorgelegt? Können Sie dem Hohen Haus heute Ihre konkreten Vorschläge und Überlegungen dazu vorstellen? Müssten nicht analog zum KMK-Beschluss mit der Eröffnung von Schulen und Kitas alle außerschulischen Bildungsangebote der Kultureinrichtungen wieder zugelassen werden? Müssten nicht mit der Wiederöffnung von Friseuren, Baumärkten und Blumenläden auch Museen, Gedenkstätten und Bibliotheken wieder öffnen können?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Staatsminister Bernd Sibler.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Kollege Halbleib, herzlichen Dank für diese Frage. Selbstverständlich steht der Kunstminister hinter jeder Strategie zur Öffnung, und selbstverständlich setzen wir uns für unsere Klientel entsprechend ein. Sehr erfreulich ist, dass bei den letzten Schritten auch das Thema Musikschulen berücksichtigt worden ist. Dies unterstreicht, dass mit der Öffnung zum 1. März auch weitere Schritte möglich sind. Natürlich haben wir die Punkte der Kulturministerkonferenz – nicht der Kultusministerkonferenz, an dieser Stelle darf ich korrigieren – nicht nur formal erarbeitet. Ich war Vorsitzender der Kulturministerkonferenz. Das Papier ist federführend durch meine Hand gegangen. Daran sehen Sie, dass ich intensiv an diesen Entwicklungen mitgearbeitet habe und inhaltlich natürlich dahinterstehe. Das ist doch vollkommen klar, sonst würden wir das nicht mittragen. Das ist doch völlig selbstverständlich.

Was das Thema Schulen anbelangt, werden wir zusehen, dass man dies – wenn es irgendwie möglich ist – tun kann, wenn die Einrichtungen wieder geöffnet sind. Bislang sind Museen und andere vergleichbare Einrichtungen nach wie vor geschlossen. Ehrlich gesagt, glaube ich, haben die Schulen im Moment – Herr Kollege Piazzolo kann

dazu vielleicht mehr sagen – noch ein paar andere Fragen zu beantworten, als nun außerschulische Lerninhalte besonders auf den Weg zu bringen. Hier sind, glaube ich, noch viele Fragen zu beantworten. Dies ist aber Teil der Strategie, das will ich dick unterstreichen. Natürlich haben wir die Punkte auch innerhalb der Staatsregierung weitergegeben und diskutiert. Die Ergebnisse liegen vor. Wir wissen auch, dass wir im Bereich der Open-Air-Veranstaltungen sehr viel tun müssen. Ich hoffe sehr, dass sich die Ministerpräsidentenrunde am 3. März mit dieser Frage beschäftigen wird. Äußerungen der Frau Bundeskanzlerin lassen darauf schließen.

Nun hoffe ich, dass wir mit dem Einstieg in diesen Stufenplan fortfahren können. Mit den Musikschulen haben wir einen ersten wichtigen Schritt auf den Weg gebracht, der gerade auch den Künstlerinnen und Künstlern eine gute Perspektive gibt, weil sich viele davon in Beschäftigungsverhältnissen an Musikschulen befinden. Ich habe in den letzten Stunden, darf ich sagen, ein paar Anfragen dazu auf Messenger und in anderen Bereichen beantwortet. Selbstverständlich ist der Kunstminister der erste Cheflobbyist für Kunst und Kultur.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage des Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Ihre Antwort war leider wieder unkonkret. Das sind wir von Ihnen im Parlament leider mittlerweile gewohnt. Ich hätte mir schon eine Antwort erwartet, wie der konkrete Plan aussieht, den Sie vorgelegt haben. Dazu habe ich nichts gehört. Dramatisch ist die Antwort aber für die Kulturschaffenden selbst. Deshalb lauten meine Nachfragen zur Frage der Unterstützung der Kulturschaffenden durch die Staatsregierung: Erstens. Warum können nach wie vor keine Anträge für das Künstlerhilfsprogramm für die Zeit von Januar bis Juni 2021 gestellt werden? Zweitens. Warum gibt es nach wie vor keine Antragsmöglichkeit für das von der SPD vorgeschlagene und seit Langem von der Staatsregierung angekündigte Stipendienprogramm? Dieses wurde für den 1. Januar angekündigt, dann für den 1. Februar, und heute, am 24. Februar, müssen wir feststellen, dass beide Hilfen nicht per Antrag zugänglich sind.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Das Kulturprogramm, das wir vorgelegt haben, orientiert sich auch an den Stellungnahmen der Kulturministerkonferenz. Damit ist klar, wie die Schritte zu sehen sind. Auch hier brauchen wir konkrete Inzidenzen. Dies soll zur Klarstellung gesagt werden. Wir haben in den letzten Wochen eine Reihe von Programmen freischalten bzw. verlängern können. Das Solo-Selbständigenprogramm für Januar bis Juni ist vor 14 Tagen im Kabinett beschlossen worden. Hier befinden wir uns wie beim Stipendienprogramm auf der Zielgeraden, weil wir noch das ein oder andere komplizierte Abstimmungsverfahren mit dem Finanzministerium und dem Obersten Rechnungshof vor uns haben. Ich hoffe, dass wir das baldmöglichst abgeschlossen haben; denn wir wissen alle, dass dies ein entscheidender Punkt ist, um den Menschen zu helfen. Ich darf aber darauf verweisen, dass für das Mitte Dezember freigeschaltete Programm für Oktober bis Dezember noch bis zum 31. März Anträge gestellt werden können. Hier haben wir erfreulich steigende Zahlen. Auch der "NEUSTART KULTUR" ist in der letzten oder vorletzten Woche freigeschaltet worden, ebenfalls mit erfreulichen Zahlen, sodass man sagen kann: Hier gibt es insgesamt schon eine breite Maßnahmenpalette, die den Menschen hilft. Die weiteren Programme werden Schritt für Schritt freigeschaltet werden, wenn diese schwierigen Fragen geklärt sein werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an den Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann, und kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, Sie haben kürzlich in einer Pressekonferenz die Lockerungen dargelegt, die ab 1. März gelten sollen. Profisport und Kadersport konnte, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung zu Beginn, praktisch während der ganzen Zeit der Pandemie unter strengen Hygieneauflagen stattfinden. Jetzt geht der Winter zu Ende, wir haben herrlichstes Frühlingswetter, und die Stadtparks sind voll mit Menschen. Wann kann auch endlich wieder Amateur-, Ver-

eins- und Mannschaftssport im Freien stattfinden, vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen, sprich: unsere Nachwuchssportler?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kollege Plenik! Der entscheidende Punkt ist, dass wir uns jetzt nicht verstopfen, nicht in eine Öffnungshektik verfallen und vor lauter Euphorie Fehler begehen; denn dieses Virus verzeiht keine Fehler. Bei allen Erfolgen, die wir jetzt erreicht haben und die wir erkennen können, zum Beispiel am enormen Rückgang der Zahlen in den Senioren- und Pflegeheimen – dies ist ein enormer Erfolg der Maßnahmen der letzten Monate – oder auch allein am Rückgang der Inzidenz oder der täglichen Zahlen – bei aller Vorsicht, denn es ist auch zu sehen, dass es nicht schlagartig und steil nach unten geht, sondern mittlerweile eher eine Seitwärtsbewegung geworden ist –, bei all diesen Erfolgen darf man jetzt nicht verkennen, dass dieses Virus nach wie vor voll aktiv ist, erstens sich weiterverbreitet und zweitens mutiert und somit gefährlicher wird, nämlich sich entweder stärker verbreitet oder möglicherweise bei bestimmten Varianten auch stärkere gesundheitliche Folgen hat.

Vor allem verzeiht das Virus aber keine Fehler. Darum müssen wir jetzt sehr klug mit einer Matrix vorgehen, in der die Punkte – einige Kollegen haben das vorher schon angesprochen – übereinandergelegt werden, wo man die unterschiedlichen Lebensbereiche und -sachverhalte hinsichtlich der Frage der Kontaktreduzierung und der Mobilitätsreduzierung in den Blick nehmen muss. Dann müssen wir klug und Schritt für Schritt vorgehen. Es wäre unklug, jetzt einen konkreten Termin zu nennen, wann Dinge wieder möglich sind. Selbstverständlich ist klar: An allererster Stelle steht immer der Schutz der Gesundheit, aber bei den Jüngeren, bei den Kindern und Jugendlichen, auch die Bildung. Natürlich gehören auch der Sport, die Bewegung und all diese Punkte dazu, aber eben nicht alle auf einmal, sondern Schritt für Schritt. Darum werden jetzt keine festen Termine genannt, sondern es gilt, die Lage weiter zu beobach-

ten und zu sehen, wie die Punkte auf der Ministerpräsidentenkonferenz beraten werden. Bei allen weiteren Öffnungsschritten wird sicher auch der Bereich des Sports, des Laien- und Jugendsports, eine Rolle spielen.

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt noch eine Rückfrage des Kollegen Plenk. Bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Herrmann, wo sehen Sie konkret bei Sport im Freien bei Kindern und Jugendlichen eine besondere Gefahr? Der Kollege der GRÜNEN hat es gerade auch angedeutet: Im Profisport gibt es – sagen wir einmal – ausgefeilte Hygienekonzepte. Im Amateurfußballverein könnte das Hygienekonzept sogar allein dadurch besser sein als bei einem Bundesligaclub, weil sich die Spieler im Freien treffen und keine Umkleidekabinen, keine Duschen etc. nutzen. Ich sehe dort beim besten Willen keine stärkere Ansteckungsgefahr als beispielsweise im Englischen Garten in München.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Plenk, wir betreiben die Pandemiebekämpfung jetzt schon seit einem Jahr. Ich stelle bei Ihnen nach wie vor einen gewissen Nachqualifizierungsbedarf fest; denn wenn sich nirgendwo jemand ansteckt und alle Hygienekonzepte wunderbar funktionieren, frage ich mich, wo eigentlich die täglichen Neuinfektionen mit den ganzen Folgen der schweren Erkrankungen und möglicherweise der Todesfälle herkommen.

Der entscheidende Punkt ist, dass wir, um dieses Virus in Schach halten und die Pandemie zurückdrängen zu können, dem Virus das nicht geben oder nehmen, was es unbedingt braucht, nämlich menschliche Kontakte und Mobilität. Dies sind die beiden Aspekte. Nachdem wir überall in allen Lebensbereichen und allen Lebenssachverhalten vor allem viele Kontakte und viel Mobilität haben, muss man diese extrem stark reduzieren, um das Infektionsgeschehen abzuschwächen. Genau das haben wir getan, und genau das war auch erfolgreich, wie man am Rückgang der Zahlen, vor allem in den Seniorenheimen, aber auch generell, sieht.

Die Logik dahinter ist einfach, die Kontakte zu reduzieren, und zwar breit, und dann natürlich peu à peu wieder zu öffnen. Bei diesen Öffnungen ist auch zu berücksichtigen, wo eine höhere und wo eine niedrigere Ansteckungsgefahr besteht. Hier wird man natürlich auch den Bereich des Sports bewerten. Es ist ein Unterschied, ob ich auf einer Tanzveranstaltung mit vielen Leuten auf engem Raum bin oder ob ich Golf spiele oder Ähnliches. Diese Unterschiede werden natürlich bewertet. Pauschale Äußerungen oder die ständige Wiederholung der Behauptung, dass sich dort oder dort niemand infiziert, helfen nicht weiter. Diese Aussagen werden durch die Realität Lügen gestraft, da täglich zu viele Neuinfektionen auftreten.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Denken Sie bitte an die Maske. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und wird von Herrn Kollegen Fischbach gestellt.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister! Thema Wechselunterricht: Sie haben gestern nach der Pressekonferenz davon gesprochen, der Wechselunterricht sei erfolgreich angelaufen. Wie kommen Sie zu dieser Schlussfolgerung, und welche Rückmeldungen liegen Ihnen dazu vor? Ich stelle diese Frage besonders vor dem Hintergrund des Brandbriefs des Bayerischen Schulleitungsverbandes vom Freitag, in dem viele Punkte bemängelt worden sind, unter anderem, dass das KMS, das für die Planung benötigt worden wäre, erst am Mittwoch vorlag. Danach blieben nur noch drei Tage Zeit für die Vorbereitung.

In dem Schreiben wurden außerdem drei kritische Punkte hervorgehoben. Der erste Punkt bezog sich auf den anspruchsvollen Wechselunterricht in den Grundschulen bei gleichzeitiger Notbetreuung. Sollen sich die Lehrer zerteilen, oder wie soll das funktionieren?

Der zweite Punkt bezog sich auf den Ganztagsunterricht in den Mittelschulen. Wie soll eine Versorgung mit Mittagessen organisiert werden, wenn die Kantinen nicht für 12 oder 20 Schüler öffnen können?

Der dritte Punkt bezog sich auf die besondere Belastungssituation, gerade vor dem Hintergrund der nicht stattgefundenen Faschingsferien. Er bezog sich außerdem auf die Situation der Schulleiter, die immer noch eine Unterrichtsverpflichtung haben. Was antworten Sie den Betroffenen?

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Fischbach, vielen Dank für die Frage. Wie sind wir zu den Einschätzungen gekommen? – Zunächst einmal haben wir von sehr vielen Eltern positive Antworten bekommen, die sich freuen, dass die Schülerinnen und Schüler wieder in den Grundschulen sind. Viele dieser Schülerinnen und Schüler sind im Präsenzunterricht, einige sogar in ganzen Klassen, weil dort der Mindestabstand eingehalten werden kann. Die anderen Schülerinnen und Schüler sind zumindest tage- oder stundenweise wieder in der Schule. Das ist ein Grund zur Freude.

Sie haben den Brief angesprochen. Dieser Brief wurde vor der Öffnung herausgeschickt. Insofern verstehe ich den Zusammenhang nicht. Jetzt geht es doch darum, ob die Öffnung gut funktioniert hat. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Sie haben diesen Brief jedoch angesprochen, deshalb will ich eines deutlich sagen: Wir sind immer daran interessiert, möglichst frühzeitig Informationen an die Schulleiter zu geben, die die Öffnung und die nächsten Schritte organisieren müssen und dabei hervorragende Arbeit leisten.

Der Schulstart gestern hat deshalb so gut funktioniert, weil unsere Schulleiterinnen und Schulleiter so fähig sind und über Organisationsvermögen verfügen. Manchmal können Kultusministerielle Schreiben nicht früher verschickt werden, weil vorher die Ministerpräsidenten, der Ministerrat und das Parlament Entscheidungen treffen müssen. Wir haben aber selten so früh informiert wie in diesem Fall. Wir haben schon am 11. Februar, an dem Tag, an dem der Ministerrat getagt hat, ein Schreiben herausgeschickt, in dem wir die Grundsätze dargestellt haben. Am Dienstag kam dann das

nächste Schreiben. Wir haben also zwei Schreiben mit unterschiedlichen Informationen verschickt. Diese Schreiben sind den Schulen eine knappe Woche vor Schulanfang zugegangen.

Zur Notbetreuung möchte ich eine Rückfrage an Sie richten: Sind Sie gegen die Notbetreuung? Wollen Sie das nicht anbieten? Wir bieten bewusst beides an: Für diejenigen, die ihre Kinder nicht betreuen können, gibt es eine großzügige Notbetreuung, aber auch die Möglichkeit des Präsenz- und des Wechselunterrichts. Sie haben völlig recht: Beides zusammen ist nicht leicht durchzuführen. In einer Pandemiesituation gibt es jedoch vieles, was nicht leicht durchführbar ist. Deshalb haben wir den Schulen in dem Schreiben, das Sie erwähnt haben, in einem Beiblatt deutlich gemacht, wie eine solche Notbetreuung organisiert werden kann.

Dafür gibt es vier verschiedene Lösungen: Die erste Möglichkeit besteht darin, dafür Lehrer einzusetzen. Hier müssen die Schulen sehen, ob der Unterricht noch voll abgebildet werden kann. Die zweite Möglichkeit ist bayernspezifisch, nämlich der Einsatz von Team-Lehrkräften. Ich danke an dieser Stelle dem Finanzminister und den Fraktionen, dass sie diese Lösung mitgetragen haben. Wir können Team-Lehrkräfte und Schulassistenten einsetzen. Diese Möglichkeit gibt es in vielen anderen Ländern nicht. Die dritte Möglichkeit besteht darin, Personen, die bereits an der Schule tätig sind, zum Beispiel in der Mittagsbetreuung, heranzuziehen. Die vierte Möglichkeit ist der Einsatz externer Kräfte.

Wir sind hier sehr gut aufgestellt. Ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass der vorgestrige Schulstart gut funktioniert hat. Das zeigen auch viele Rückmeldungen. Natürlich gibt es immer das eine oder andere Beispiel, bei dem sich die Dinge erst einspielen müssen. Insgesamt war dies jedoch ein sehr gelungener Start, über den sich viele freuen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage vom Herrn Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Staatsminister, die Verwunderung ist ganz meinerseits; denn aus diesem Schreiben ging ganz klar hervor, dass sich die Schulen ganz besonders darüber beschwerten, dass sie nur drei Tage Zeit hatten, um externes Personal zu finden. Sie haben schon vor Weihnachten erklärt, dass Sie davon ausgingen, dass es Wechselunterricht geben würde. Ich frage mich, warum damals nicht vorgesorgt wurde, damit die Schulen die Möglichkeit haben, sich um Personalkapazitäten zu kümmern.

Ich möchte einmal generell fragen: Welche konkrete Unterstützung bekommen die Schulen für die Durchführung des Wechselunterrichts vom Staatsministerium? Dabei meine ich vor allem die pädagogischen Aspekte und nicht nur die organisatorischen. In Kultusministeriellen Schreiben gibt es einen Hinweis auf ein Rahmenkonzept für den Distanzunterricht und das ISB-Portal www.distanzunterricht.bayern.de, das wohl so nebenbei auch für den Wechselunterricht verwendet werden könnte. Ich frage Sie: Welche Vorbereitungen wurden für die besonderen Herausforderungen des Wechselunterrichts getroffen, zum Beispiel Hybridunterricht mit Streaming, Elternarbeit, Unterrichtskonzepte wie "Flipped Classroom" usw.?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Zur Erklärung: Wechselunterricht ist der Wechsel von Präsenzunterricht und Distanzunterricht. Das sind die beiden Formen. Der Wechselunterricht ist keine zusätzliche Form. Die Kinder sind teilweise im Distanzunterricht und teilweise im Präsenzunterricht. Neben den Hygienevorschriften haben wir keine zusätzlichen pädagogischen Anforderungen für den Präsenzunterricht. Für den Distanzunterricht werden selbstverständlich die entsprechenden Konzepte angewandt. Das ist ganz logisch. Natürlich muss hier variiert werden. Beim Wechselunterricht gibt es in der Regel einen tagtäglichen Wechsel. Wir haben im KMS herausgehoben, dass im Präsenzunterricht Lerninhalte vertieft oder neu erschlossen werden sollen. Im Distanzunterricht, also am zweiten Tag, sollte dagegen eher wiederholt werden. Das ist weitergegeben worden.

Ihr zweiter Punkt hat mich ebenfalls etwas erstaunt, da auch die Notbetreuung nichts Neues ist. Auch das Hinzuziehen von Externen ist nichts Neues. Dass die Externen ein Führungszeugnis und den Beleg für eine Masernschutzimpfung vorlegen müssen, ist ebenfalls nichts Neues. Die Hinzuziehung externen Personals ist die vierte Möglichkeit. Ich habe mir noch einmal die Formulierung im KMS angesehen. Dort steht das Wort "gegebenenfalls". Die Schulleiter können also zwischen drei Lösungen auswählen und die vierte Möglichkeit gegebenenfalls ergreifen. Mich hat verwundert, dass Sie diese viertrangige Lösung, den Einsatz von Externen, der natürlich am aufwendigsten ist, so nach vorne gezogen haben. Deshalb ist es gut, dass Sie diese Frage gestellt haben und ich das an dieser Stelle erläutern konnte.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich wiederum an den Gesundheitsminister und kommt von Frau Kollegin Barbara Becker.

Barbara Becker (CSU): Herr Holetschek, mir geht es um die Umsetzung von Impfungen bei Lehrkräften und Erziehern. Wie sieht hier die Umsetzung konkret aus? Wann werden Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher geimpft, wo werden sie geimpft, und müssen sie sich dafür anmelden? Sind in diese Gruppe der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Erzieherinnen und Erzieher auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mittagsbetreuungen einbezogen? Schließlich sind diese Leute teilweise keine Erzieher oder Erzieherinnen, sondern wurden aus anderen Berufsgruppen rekrutiert.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Frau Kollegin Becker! Die Gesundheitsministerkonferenz hat am Montag ohne Gegenstimme beschlossen, dass die Grundschullehrerinnen und -lehrer, die Lehrerinnen und Lehrer der Förderschulen und die Erzieherinnen und Erzieher von der Priorität 3 in die Priorität 2 angehoben werden. Der Gesundheitsminister in Berlin hat gesagt, er werde dies in der neuen Corona-Impfverordnung, die heute veröffentlicht werden soll, umsetzen. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Regelung jetzt unmittelbar in Kraft treten

wird. In Bayern geht es dabei um rund 260.000 Beschäftigte. Davon entfallen circa 115.000 auf die Schulen und 145.000 auf die Kitas.

Sobald die Impfverordnung entsprechend geändert ist, werden wir damit beginnen, den Personengruppen ein Impfangebot zu machen. Einbezogen sind dabei auch die Beschäftigten, insbesondere der von Ihnen angesprochene Personenkreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Mittagsbetreuung und darüber hinaus. Davon gehe ich im Moment aus.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage stammt von Frau Kollegin Anna Toman und richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister! Keine Frage, es herrscht Freude über die Rückkehr weiterer Schüler*innen in den Präsenzunterricht, doch in einigen Regionen gibt es trotzdem Sorge und Verunsicherung. In Ihrem Schreiben heißt es, dass die Schulen nur bei einem stabilen Inzidenzwert unter 100 öffnen und bei einem Überschreiten dieses Grenzwertes unverzüglich wieder in den Distanzunterricht wechseln müssen.

Beispielsweise im Landkreis Schwandorf lag die Inzidenz über 100, die Tendenz war steigend. Das Gesundheits- und das Landratsamt vor Ort sahen bis gestern aber keinen Bedarf, dass die Schüler*innen wieder in den Distanzunterricht gehen. Heute wurde dann endlich reagiert. Nürnberg hat richtig reagiert und nach nur einem Tag wieder Distanzunterricht angeordnet. Passau hingegen öffnet trotz einer Inzidenz über 100. Es ist also ein einziges Durcheinander und ein Kuddelmuddel. Wieder macht jeder Landkreis, was er will. Mit einem ständigen Wechsel von Öffnung und Schließung ist keinem geholfen. Das ist eine unbefriedigende Situation. Ich möchte deshalb wissen, wie Sie diese unbefriedigende Situation verbessern wollen, beispielsweise durch einen Korridor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Kollegin Toman, danke für die Frage. Das ist eine sehr ernsthafte Fragestellung, über die wir uns sehr intensiv Gedanken gemacht haben, und zwar zusammen mit Herrn Kollegen Holetschek, aber auch mit dem gesamten Ministerrat. Auf der einen Seite steht die Öffnungsperspektive, auf der anderen Seite hat der Gesundheitsschutz immer oberste Priorität. Das heißt, es stellt sich die Frage: Wie lange kann man Schulen offen halten? – Wir sind zu dem Inzidenzwert 100 gekommen. Dann geht es um die Frage der Umsetzung, die Sie stellen: Wie gestaltet man das? – Ich sehe es ähnlich wie Sie, und ich weiß, dass das auch der Ministerrat so sieht. Wir wollen eine möglichst einheitliche Regelung. Meine Auffassung ist deshalb, mit einem Korridor ist uns nicht geholfen, auch nicht mit einem Puffer oder sonst etwas, weil wir dann trotzdem vor den gleichen Fragen stehen. Es ist vielmehr sinnvoll, diesen exakten Wert zu nehmen, den Inzidenzwert 100, und daraus bestimmte Konsequenzen zu ziehen.

Trotzdem, und das haben Sie in Ihrer Frage auch schon deutlich gemacht, gibt es unterschiedliche Fallkonstellationen. Da ist die Fallkonstellation einer relativ klaren Entwicklung. Das ist dann der Fall, wenn der Inzidenzwert über die Tage hinweg ansteigt, beispielsweise von 92 auf 94, 96, 98, 100. Bei 100 soll man dann in den Distanzunterricht gehen. In diesem Fall lässt sich das leicht beurteilen. Schwieriger sind aber die Verhältnisse, die wir bei der jetzigen Seitwärtsentwicklung haben. Wenn ein Landkreis oder eine Stadt beispielsweise von 98 auf 100 wechselt, dann auf 99 und 102, dann wollen wir nicht jeden Tag einen Wechsel. Wir haben deshalb gesagt: Die Gesundheitsämter vor Ort sollen das beobachten und entscheiden, natürlich zusammen mit den Landräten. Im Grundsatz sollen sie entscheiden, wenn der Wert über 100 liegt, in den Distanzunterricht zu wechseln. So wird das im Wesentlichen auch gehandhabt. Es gibt vielleicht das eine oder andere Beispiel, bei dem man aus entsprechenden Gründen noch einen Tag abwartet.

Mir ist es wichtig – ähnlich wie Ihnen, das entnehme ich der Frage –, dass wir nicht den ständigen Wechsel haben; denn das schafft Unruhe. Wir wollen Sicherheit und werden auch beobachten, ob sich das bewährt. Wie sich das in den ersten Tagen entwickelt, das muss man sehen. Die Verantwortung und die Entscheidung liegen aber ganz konkret bei den Gesundheitsämtern vor Ort.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Toman.

Anna Toman (GRÜNE): Genau, ich möchte noch einmal nachhaken. Das Schreiben aus dem Ministerium, also von Ihnen, ist eigentlich ziemlich deutlich. Wieder geöffnet werden soll erst, wenn die Inzidenz über sieben Tage unter 100 liegt. Die Schwellen, die Sie gerade beschrieben haben, würden also gar nicht so sehr eintreten. Grundsätzlich finde ich das gut, aber nicht, das jetzt wieder auf die Gesundheitsämter vor Ort abzuwälzen. Sie haben doch einen klaren Kurs, der müsste nur umgesetzt werden. Ich frage mich, wie Sie das eigentlich machen wollen.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank, es ist weithin bekannt, dass unsere Kultusministeriellen Schreiben an Klarheit kaum zu überbieten sind.

(Heiterkeit)

Es waren aber zwei Schreiben, und zwar das Kultusministerielle Schreiben und dann noch ein Schreiben des Gesundheitsministeriums, die in die gleiche Richtung gingen. Das ist ein ganz klarer Inzidenzwert. Wir müssen aber sehen, dass die Verhältnisse vor Ort schon recht unterschiedlich sein können, wie ich das gerade beschrieben habe. Ich verweise auf die von mir gerade geschilderten unterschiedlichen Entwicklungen. Die haben die Gesundheitsämter vor Ort am besten im Blick. Natürlich könnte man genauso gut sagen, das macht das Gesundheitsministerium, das soll entscheiden, aber das hat nun einmal viele andere Aufgaben. Nach unserer Verfassungsordnung ist es nun einmal so, dass diejenigen vor Ort, auch weil sie manchmal die Dinge

und die Gegebenheiten vor Ort besser im Blick haben, über die örtliche Situation entscheiden. Deshalb ist das sehr sinnvoll.

Trotzdem, auch das will ich deutlich machen: Wir haben das eingeführt, und wir werden das, wie alle Dinge während der Corona-Pandemie, immer wieder beobachten und evaluieren. Im Ziel sind wir uns einig, nämlich Sicherheit zu schaffen und deutlich zu machen: Hier ist ein Inzidenzwert, den wollen wir einhalten. – Wir haben die Möglichkeit, dass man vor Ort, wenn die Gegebenheiten entsprechend sind oder wenn man dafür eine Begründung hat, noch einen Tag abwartet. Bis jetzt habe ich den Eindruck, dass damit verantwortungsvoll umgegangen wird.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Auch die nächste Frage geht an Sie. Sie kommt von Frau Kollegin Kerstin Radler.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister! Meine Fragen gehen in die gleiche Richtung wie die meiner Vorredner. Im Hinblick auf den Schulstart waren in dieser Woche alle sehr gespannt, wie das läuft. Vor allem die Grundschülerinnen und Grundschüler haben sich sehr auf die Schule und auf den Unterricht im Klassenzimmer gefreut. In dem Alter ist das noch möglich, dass man sich darauf freut. Vielleicht können Sie noch einmal zusammenfassen: Wie ist das aus Ihrer Sicht gelaufen? Ist es gut gelaufen? Wie stellen Sie sich die nächsten Schritte vor? Was planen Sie in den kommenden Wochen, auch was den zeitlichen Rahmen anbelangt? Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht noch etwas sagen, was Sie bisher noch nicht ansprechen konnten.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank. Den ersten Teil der Frage hat Herr Fischbach schon gestellt. Ich bin nicht sicher, ob ich ihm einen Gefallen tue, wenn ich sage, er denkt schon wie ein FREIER WÄHLER. – Das brauchen wir hier aber nicht ausdiskutieren, das kann man an anderer Stelle tun. Nein, hier will ich gar nicht lange darauf antworten, weil ich ihm bereits eine Antwort

gegeben habe. Ich möchte nicht mehrfach betonen müssen, dass wir hier einen positiven Eindruck haben.

Der zweite Teil ist aber mindestens genauso wichtig, nämlich die Frage, wie es weitergeht. – Es ist klar, dass sich ein Kultusminister immer wünscht, aber das wünsche ich mir auch persönlich, ebenso wie Frau Staatssekretärin Stolz, dass wir möglichst schnell und zügig auch diejenigen, die schon lange im Distanzunterricht sind, wieder in den Präsenzunterricht oder in den Wechselunterricht bekommen. Das heißt, nach Möglichkeit wollen wir das für alle Klassen. Ob das aber gelingt, das hängt vom Infektionsgeschehen ab. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Wir hatten wochenlang einen deutlichen Rückgang. Das ist ein großer Erfolg der Menschen in Bayern. Jetzt haben wir eine Seitwärtsbewegung. Das liegt mit Sicherheit auch an den Mutationen. Das müssen wir im Blick haben.

Die zeitliche Abfolge auch im Parlament ist seit gestern klar, seit heute klar: Wir werden in der nächsten Woche am Mittwoch eine Ministerpräsidentenkonferenz haben, und am Donnerstag tagt dann der Ministerrat. Am kommenden Freitag findet dann eine Plenarsitzung statt. Da werden die neuen Dinge entschieden und festgezurrert. Mein Wunsch, meine Hoffnung ist natürlich, dass wir dann noch einmal einen deutlichen Aufschlag in Richtung Öffnung der Schulen unternehmen können. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen noch nicht so viele Schülerinnen und Schüler in der Schule sind, wie beispielsweise das Gymnasium. Nennen wir einmal die Q11, das ist ganz wichtig, aber auch die fünften und die sechsten Klassen. Auch die anderen sollte man nicht vergessen. Ich wünsche mir insofern ein Zeichen, dass wir alle Klassen zumindest wieder in den Wechselunterricht bekommen. Das ist aber eine Diskussion, die auch die Ministerpräsidenten miteinander führen. Ich glaube, das Ziel ist, möglichst gemeinsam nach vorn zu gehen, denn die Infektionszahlen in den Bundesländern sind nicht so dramatisch unterschiedlich. Der Wunsch des Kultusministers ist aber klar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht wieder an den Gesundheitsminister und kommt von Herrn Kollegen Uli Henkel.

Uli Henkel (AfD): Herr Staatsminister, die Staatsregierung hat sich bezüglich der im Infektionsschutzgesetz gegebenen Wahlmöglichkeiten zwischen FFP2-Masken und medizinischen OP-Masken in der Elften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung für eine FFP2-Maskenpflicht entschieden. Sowohl die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung als auch die Arbeitsschutzverordnungen stellen an das Tragen von FFP2-Masken nun jedoch besondere Anforderungen, wenn es dort heißt: "Neben einer ausführlichen Schulung ist dem Träger eine medizinische Untersuchung anzubieten, um festzustellen, ob das Tragen der FFP2-Masken für ihn gesundheitsverträglich ist." Das Tragen der Masken darf deshalb nicht über 75 Minuten am Stück geschehen.

All die dort gestellten Anforderungen dienen dem gesundheitlichen Schutz des Trägers. Ich frage Sie deshalb: Waren der Staatsregierung diese Anforderungen an das Tragen der FFP2-Masken zum Zeitpunkt der Entscheidung für die FFP2-Masken statt zum Beispiel der OP-Masken bekannt? Wo kann der bemühte Bürger nun die erforderliche medizinische Untersuchung in Anspruch nehmen, und wo werden die angeratenen Schulungen durchgeführt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, Herr Kollege Henkel! Wir haben uns zu einem Zeitpunkt für die FFP2-Maske entschieden, zu dem wir der Meinung waren, dass es aufgrund der Mutation, die eine höhere Ansteckungsgefahr und ein höheres Risiko in sich birgt, angebracht ist, einen höheren Schutz vorzusehen. Die FFP2-Maske schützt ja nicht nur andere, sondern auch einen selbst. Wir haben damals zur Kenntnis genommen, dass wir mit unserer Entscheidung ein paar Tage vorausgegangen sind; aber die Ministerpräsidentenkonferenz hat bei den medizinischen, aber auch den FFP2-Masken durchaus in einer großen Einigkeit nachgezogen.

Die FFP2-Maske ist vorwiegend dort vorgesehen, wo größere Menschenansammlungen sind, beim Einkaufen oder im öffentlichen Personennahverkehr. Das ist dort richtig und wichtig. Parallel zum Erlass wurde aufgeklärt, wie man eine solche Maske richtig trägt und aufsetzt. Das Tragen von FFP2-Masken ist in den Bereichen wie definiert gerechtfertigt, weil wir eine Mutation mit einer höheren Ansteckung haben und weil wir die Masken im öffentlichen Personennahverkehr und beim Einkaufen gezielt einsetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Henkel.

Uli Henkel (AfD): Sie sind jetzt nicht auf meine Frage eingegangen. Deshalb stelle ich fest, dass es keine Orte gibt, an denen ich mich diesbezüglich medizinisch untersuchen oder beraten lassen kann.

Ich stelle eine zweite Frage: Wie stehen Sie zu der die Masken betreffenden Aussage des Leiters des Hamburger Umweltinstituts Prof. Braungart? – Er hat gesagt: "Was wir da über Mund und Nase ziehen, ist eigentlich Sondermüll." Dabei hat er natürlich auf den Umstand Bezug genommen, dass diese FFP2-Masken aus Kunststoffen, Klebstoffen, Bindemitteln, Antioxidanzien, UV-Stabilisatoren, Formaldehyd, Anilin usw. bestehen und dass weder ein längeres Tragen noch eine Mehrfachverwendung – ich glaube, das wissen viele Leute gar nicht – dem bestimmungsgemäßen Gebrauch einer Einmalmaske entsprechen. Wie stehen Sie zu dieser Aussage? Sehen Sie nicht die Gefahr, dass man sich ohne die von mir vorhin angesprochene medizinische Untersuchung und ohne die Schulung doch eventuell Gefahren aussetzt, für die dann am Schluss natürlich niemand haftbar sein möchte?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich kenne diese Aussage nicht. Ich kenne andere Aussagen, zum Beispiel von Prof. Wendtner von der München Klinik, nach denen eine FFP2-Maske in gewissen Bereichen ausdrücklich sinnvoll und nützlich ist. Wer die FFP2-Masken aus medizinischen Gründen nicht tragen kann, der kann sich ja von der Pflicht zum Tragen befreien lassen.

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Herr Staatsminister. – Die letzte Frage geht an den Staatsminister für Unterricht und Kultus und kommt von der Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, dieses Schuljahr ist ja doch von COVID stark beeinträchtigt. Auf jeden Fall ist es kein normales Schuljahr. Wir als SPD wollen, dass es faire Prüfungsbedingungen an allen Schulen gibt und es vor allen Dingen bei der Wiederöffnung der Schulen keine Notenjagd gibt. Während es für das Gymnasium Regeln gibt, dass zum Beispiel im zweiten Halbjahr nur in den Hauptfächern, also in Deutsch, Mathe und der Fremdsprache, Prüfungen abzulegen sind, müssen an den Fach- und Berufsoberschulen fast alle Prüfungen geschrieben werden, sowohl im ersten als auch im zweiten Halbjahr. Gestrichen ist nur eine einzige Prüfung, und zwar im vierten Hauptfach. Das sind insgesamt 16 oder, wenn man die Fremdsprache abzieht, immer noch 15 Prüfungen. Hinzu kommen noch die mündlichen Noten. Die konkrete Frage lautet: Was tut das Kultusministerium für die FOS- und BOS-Schülerinnen und -Schüler, damit auch an diesen Schulen faire Prüfungsbedingungen herrschen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Strohmayr, vielen Dank für die Fragestellung. Wir sind uns einig, dass dieses Schuljahr kein normales ist, aber eben auch kein verlorenes. Ich will auch noch einmal auf die Zeit vor Weihnachten verweisen. Wir hatten circa zwölf Wochen lang in über 90 % der Klassen Unterricht in voller Präsenz. Das sollten wir uns noch einmal klarmachen. Da konnte vieles vermittelt werden.

Wir sind uns auch einig, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern, für die wir diese ganzen Anstrengungen unternehmen, faire Bedingungen einräumen wollen. Das heißt auf der einen Seite, dass es natürlich keine Notenjagd und keinen zu starken Leistungsdruck gibt. Auf der anderen Seite heißt es aber auch, und das muss man auch

einmal betonen, dass die Schülerinnen und Schüler keine Sonderbedingungen und kein Sonderabitur haben wollen, sondern dass sie ihre Leistungen zeigen können wollen. Genau das ist ein bisschen die Gratwanderung. Deshalb haben wir Erleichterungen geschaffen, gerade im Bereich der Leistungsnachweise und Schulaufgaben, sowohl bei Q11 und Q12 am Gymnasium als auch bei FOS und BOS.

Die Situationen sind nicht eins zu eins vergleichbar, weil die Bedingungen völlig unterschiedlich sind. Wir haben aber sowohl bei der Q12 als auch bei der Q11 sehr stark reduziert. Auch bei FOS und BOS haben wir jeweils eine der großen Schulaufgaben herausgenommen. Dort gibt es mehr mündliche und kleinere schriftliche Nachweise. Außerdem ist das eine oder andere entzerrt worden.

Wir hatten erst gestern ein intensives Gespräch mit der gesamten Schulgemeinschaft von FOS und BOS, in dem man sich, auch die Ministerialbeauftragten in dem Bereich, noch einmal verständigt und einen genauen Plan entwickelt hat, wo man entzerren kann. Schülerinnen und Schüler waren ebenfalls dabei. Wir sind im intensiven Austausch und Gespräch.

Ich habe auch immer deutlich gemacht, dass die Schülerinnen und Schüler gerade von FOS und BOS drei, vier Wochen reinen Distanzunterricht hatten; dann sind sie wieder mit den anderen Abschlussklassen in den Präsenzunterricht gekommen. In der Faschingszeit hatten sie eine zusätzliche Woche. Diese drei Wochen haben wir gerade im Hinblick auf die Prüfungen wieder nach hinten geschoben. Jetzt müssen wir sehen, wie es weitergeht und wie wir die Schülerinnen und Schüler auf die Prüfungen vorbereiten können. Wir haben auch immer noch einmal die Möglichkeit nachzusteuern. Aber keine Sorge, das haben wir im Blick, und wir sind im Gespräch mit der ganzen Schulfamilie dort.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage von der Frau Kollegin Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Danke, Herr Minister. Ich stelle fest, dass Sie zwar im Austausch sind, aber leider haben Sie uns jetzt nicht die Ergebnisse dieses Austau-

sches verkündet. Ich nehme also an, dass es bei den schon bekannten Regelungen bleibt.

Uns geht es darüber hinaus um faire Prüfungsbedingungen an der Mittelschule. Auch dazu gab es bei uns viele Anfragen, und zwar zu den praktischen Prüfungen. Wir müssen uns gewahr sein, dass es an der Mittelschule viele Schülerinnen und Schüler gibt, die von den praktischen Prüfungen sehr profitieren. Genau diese praktischen Prüfungen wurden jetzt in Zusammenhang mit Corona abgeschafft. Das heißt, diesen Schülerinnen und Schülern wurde die Möglichkeit genommen, sich in einem Fach zu profilieren und davon zu profitieren. Ich bitte Sie, noch einmal darzustellen, welche Lösungen des Kultusministeriums es gibt, um diese Schülerinnen und Schüler nicht zu verlieren.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Danke. Wieder sind es genau die beiden Bereiche, die ich vorher geschildert habe. Auf der einen Seite müssen wir immer besonders auf den Gesundheitsschutz achten. Der Praxisteil ist teilweise außerhalb der Schule, insbesondere aber auch in der Schule zu leisten, wo nicht immer die Abstände einzuhalten sind. Deshalb lässt sich die praktische Prüfung nicht gleichermaßen wie in einem normalen Schuljahr durchführen. Vielleicht ist die Prüfung dann für den einen genau in dem Fach, auf das er sich besonders vorbereitet hatte oder das ihm besonders liegt; beim anderen ist es vielleicht genau umgekehrt, und er hat davon einen Vorteil.

Wir schauen immer. Es ist manchmal unbefriedigend, wenn man sagt: Wir gucken da schrittweise. Aber bis zu den Prüfungen gerade bei der Mittelschule, zum Quali, aber auch zur Mittleren Reife, ist noch ein wenig hin. Es ist nicht ganz so knapp wie bei dem einen oder anderen beruflichen Abschluss oder auch bei FOS, BOS oder Abitur. Insofern muss man immer sehen, wie sich die Zahlen entwickeln und was möglich ist und was nicht. Seien Sie gewiss: Wir haben es im Blick. Die praktischen Prüfungen lassen sich jetzt nicht in gleichem Maße durchführen. Insofern ist das für die einen eine Entlastung; für die anderen ist es vielleicht eine vergebene Chance. Aber das ist

das Problem, die Herausforderung bei Corona, wenn man nicht alle Prüfungen durchführt: Die einen sind dankbar, dass es weniger sind; die anderen sagen dann: Genau bei dieser Prüfung hätte ich eine gute Note geschrieben, und jetzt fällt sie aus. Auch da schauen wir genau drauf und diskutieren jede Woche in unseren Abteilungsleitersitzungen, wie wir das jeweils anpassen.

Wir werden die Mittelschüler – das sage ich auch hier – ähnlich wie die Realschüler nicht vergessen. Sie sind jetzt erst wieder – gestern – mit ihren Abschlussklassen zurückgekommen. Da müssen wir jetzt nach einer kurzen Ankommensphase schauen, wo Lernstoff entsprechend vermittelt werden konnte, wo es vielleicht Defizite gab und wie wir das auffangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Befragung der Staatsregierung beendet.